

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Opferambulanzen in Mecklenburg-Vorpommern stärken

Der Landtag möge beschließen:

Für die Opferambulanzen an den Rechtsmedizinischen Instituten der Universitäten Rostock und Greifswald werden die jeweils bestehenden 0,5 Stellenanteile einer Arztstelle in Vollzeit um weitere 0,5 Stellenanteile je Opferambulanz erhöht.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Die Opferambulanzen an den rechtsmedizinischen Instituten in Rostock und Greifswald leisten wichtige Beiträge, insbesondere zum Schutz von Opfern häuslicher Gewalt, sexueller Gewalt, aber auch von allgemeiner, gegen Personen gerichteter Gewaltkriminalität. Ihre Arbeit dient u. a. der Beweissicherung zur Aufklärung und Strafverfolgung und damit der Prävention. Nur zeitnah erstellte fachkundige Untersuchungen verhelfen den Opfern zu gerichtsverwertbaren Befunden. Die Fallzahlen in beiden Opferambulanzen sind in den vergangenen drei Jahren stark angestiegen, wie die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Christoph Grimm und Prof. Dr. Ralph Weber, Fraktion der AfD, (Drucksache 7/582 vom 8. Juni 2017) ergab, sodass die vorhandenen Kapazitäten bei Weitem nicht ausreichen. Durch die geforderten 0,5 Stellenanteile würden weitere Kosten in Höhe von ca. 120.000 Euro pro Jahr anfallen.